

Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Bummelstreik in Rom

(spk) Ein Bummelstreik der Zöllner auf den römischen Flughäfen Fiumicino und Ciampino hat am Mittwoch zu erheblichen Verspätungen im nationalen und internationalen Flugverkehr geführt. Die Zöllner verweigern seit Dienstag Überstunden und leisten einen «Dienst nach Vorschrift». Mit dem Bummelstreik bis Samstag um 24 Uhr sollen vor allem bessere Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden.

Embargo aufgehoben

Österreich hat am Mittwoch das Embargo gegen Kuwait aufgehoben. Als Begründung für die Aufhebung des im August des Vorjahres vom UNO-Sicherheitsrat beschlossenen Embargos gab das Parlament in Wien bekannt, dass «mit der Herstellung der Souveränität Kuwaits die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Handelsembargos entfällt». Die Sperre gegen Irak bleibt in Kraft.

Amerikaner getötet

Am Dienstag Abend ist in Athen Stadtteil Glyfada ein Amerikaner getötet worden. Nach Angaben der Polizei wurde ein Sprengsatz unter einem Strauch vor dem Haus des Amerikaners ferngezündet, als der seit fünf Jahren in Glyfada lebende Farbige sein Haus betreten wollte. Die Polizei vermutet als Täterin die terroristische Untergrundbewegung 17. November.

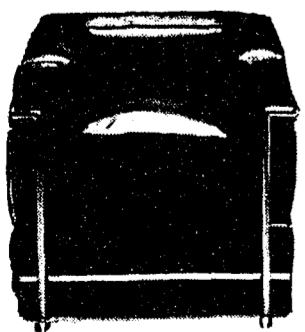
Vogel gegen Soldaten-Einsatz

Der Chef der Sozialdemokraten, Hans-Jochen Vogel, hat sich am Mittwoch in Bonn gegen einen Einsatz der Deutschen Bundeswehr ausserhalb des NATO-Gebiets ausgesprochen. Er sagte im Parlament, die SPD werde einer Grundgesetzänderung, die den Einsatz deutscher Soldaten auch ausserhalb des NATO-Bereichs möglich mache, nicht zustimmen.

Ausnahmezustand knapp vermieden

Belgrad (AP) Anhaltende Kontroversen in der politischen Führung Jugoslawiens haben trotz der Massenproteste der Opposition die Verhängung des Ausnahmezustandes vorerst verhindert. Das Staatspräsidium, das den Oberbefehl über das Militär führt, wurde für Donnerstag zu einer weiteren Sitzung einberufen. Am Mittwoch gingen die antikommunistischen Demonstrationen in Belgrad weiter, mit denen der Rücktritt der serbischen Regierung erzwungen werden soll. Eine neue Zuspitzung der Lage wurde nach dem Aufruf der Opposition zur Teilnahme an der Beerdigung eines 17-jährigen erwartet, der bei den Unruhen am Samstag in Belgrad erschossen worden war.

LE CORBUSIER



THONY

9494 Schaan
Bahnhofstrasse 16
jeden Samstag geöffnet bis 16 Uhr

WOHNEN

Wann legt die Untersuchungskommission ihren Bericht vor?

Auf der Tagesordnung der ersten Arbeitssitzung des Landtags steht der Schlussbericht der Untersuchungskommission – Vorerst vertraulich

(G.M.) – In seiner ersten Arbeitssitzung am 25./26. März hat sich der Landtag gemäss Traktandenliste auch mit dem Schlussbericht der Parlamentarischen Untersuchungskommission im «Fall Seeger» zu befassen. Nach Angaben des Landtagssekretariats liegt der Bericht vor, muss von den Abgeordneten vorerst vertraulich behandelt werden. Eine Veröffentlichung sei, so die Auskunft von Landtagssekretär Wilfried Kindli, erst nach der Behandlung im Landtag vorgesehen.

Die Bestellung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission im «Fall Staatsgerichtshofpräsident Seeger» war aufgrund gewisser parteipolitischer Interessen und Rücksichten, aber wohl auch wegen der Erstmaligkeit, eine Schweregeburt. Nun sieht es nach allen Anzeichen danach aus, als ob die Untersuchungskommission ihren Schlussbericht lediglich dem Landtag vorlegt, damit dieser in seiner öffentlichen Sitzung darüber beraten kann. Die Öffentlichkeit, die ohne Zweifel grosses Interesse an diesem Bericht bekundet, obwohl er nur Teilaspekte der gesamten komplexen Angelegenheit berühren konnte, soll dem Vernehmen nach erst nachträglich informiert werden. Ohne Erklärung von Seiten der Kommission, weshalb dieses Vorgehen gewählt und nicht – wie in der Schweiz – die Öffentlichkeit eingehend

vorher informiert wird, erscheint eine derartige Vorgehensweise nicht leicht verständlich.

Zwischenbericht im Juni 1990

Die Parlamentarische Untersuchungskommission hatte im vergangenen Sommer, nachdem sie in der Landtagssitzung vom 13./14. Dezember 1989 bestellt worden war, einen Zwischenbericht erstattet. Allerdings ging aus dem Bericht nur hervor, wie sich die Untersuchungskommission ihre Arbeitsweise vorstellte und wie weit die ersten Schritte bereits gediehen waren, hingegen enthielt diese erste und bisher einzige Stellungnahme keine inhaltlichen Angaben. Zum damaligen Zeitpunkt hatte die Kommission insgesamt sechs Sitzungen abgehalten und ihre Absicht bekundet, die Arbeiten bis Ende 1990 abzuschliessen. Diesen Zeitrahmen konnte sie nicht einhalten. Möglicherweise hängt die zeitliche Verzögerung damit zusammen, dass die Untersuchungskommission sich auch ein Bild über die verschiedenen Verfahren vor dem Land- und dem Kriminalgericht verschaffen wollte, wie sie im Zwischenbericht festhielt: «Die Untersuchungskommission ist nicht am Zustandekommen und am Ergebnis dieser Verfahren, sondern daran interessiert, sich einen detaillierten Überblick und eine Chronologie über die Prozesse und Verfahren im Zusammenhang mit

dem Staatsgerichtshof-Affäre zu verschaffen, um selbständig zu prüfen, ob sich aus den diesbezüglichen Unterlagen Kenntnisse gewinnen lassen, die für die Beantwortung der vier zu untersuchenden Fragen von Bedeutung sind.»

«Vier Fragen» im Vordergrund

Ausgehend von der Forderung der FDP-Fraktion im Landtag, nach der Vorlage des umstrittenen Berichtes des Staatsgerichtshofpräsidenten Dr. Erich Seeger «vier Fragen» untersuchen zu lassen, hat sich die Kommission auf diesen Fragenkomplex beschränkt. Die VU-Fraktion, die sich bis zu Neuwahlen sträubte, der Bestellung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission zustimmen, legte auch nach den vorgezogenen Neuwahlen und auch nach den beiden Verfassungsinitiativen grossen Wert auf diese Beschränkung, obwohl vorstellbar ist, dass diese einschränkenden Vorschriften die Arbeit der Kommission nicht erleichterten. Die vier Fragen lauteten:

1. Ist der Bericht des Präsidenten des Staatsgerichtshofes über das Vorstellungsverfahren (Kunsthof-Fall) durch den Staatsgerichtshof-Präsidenten im Auftrag des Staatsgerichtshofes verfasst und von diesem auch genehmigt worden?
2. Wurde der Bericht auf Staatskosten herausgegeben und wenn ja, unter wel-

chem Budgetposten scheint dies auf?

3. Welches sind die Gründe für den Rücktritt von Prof. Dr. Wildhaber als Mitglied des Staatsgerichtshofes?

4. Welches sind die Gründe, aus denen Prof. Dr. Luzius Wildhaber als Mitglied des Staatsgerichtshofes von der Teilnahme an den Sitzungen des Staatsgerichtshofes ausgeschlossen wurde?

Postulat über Rechtslage

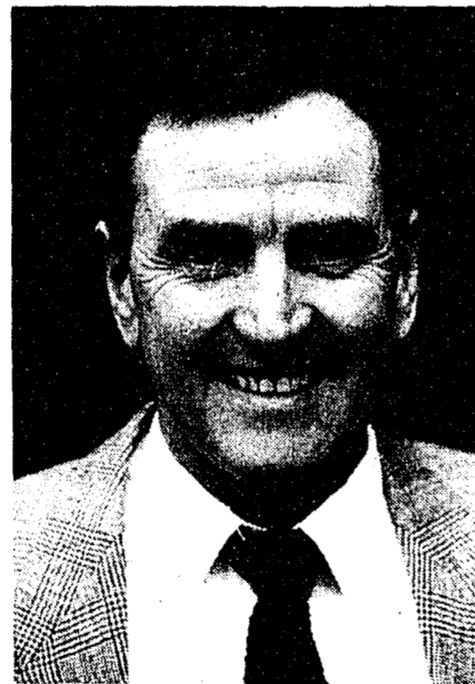
Inzwischen scheinen sich die Mitglieder der Parlamentarischen Untersuchungskommission eingehend auch mit der Frage der gesetzlichen Abstützung von Untersuchungskommissionen auseinandergesetzt zu haben. Am 1. März 1991 reichten die Kommissionsmitglieder beim Landtagspräsidenten gemeinsam ein Postulat mit dem Hinweis auf verschiedene widersprüchliche und ungenügende gesetzliche Regelungen ein. Die Regierung wird mit dem Vorstoss eingeladen, die Rechtslage zu überprüfen. In der Begründung des Vorstosses heisst es, die Kommission habe im Schlussbericht auf eine Reihe von Mängeln und Unklarheiten hingewiesen, «die nach Ansicht aller ihrer Mitglieder eingehend untersucht und je nach Ergebnis dieser Überprüfung mit dem Ziel behoben und bereinigt werden sollten, künftigen Parlamentarischen Untersuchungskommissionen die Arbeit so weit als möglich zu erleichtern.»

Vizevorsteherwahl in Schaan ohne Stichentscheid

Martin Jehle wurde mit einem deutlichen Ergebnis wiedergewählt

Teils mit Verwunderung konnte man dem dieser Tage veröffentlichten Protokoll-Auszug der Schaaner Gemeinderatssitzung vom 13. Februar 1991 entnehmen, dass Vizevorsteher Martin Jehle mit einem deutlichen Ergebnis wiedergewählt wurde. Mit Verwunderung deshalb, weil das «Vaterland» bereits am 15. Februar 1991 in grossen Lettern von einem Stichentscheid des Vorstehers berichtete und mit dieser offensichtlichen Falschmeldung seinen Lesern suggerieren wollte, dass die Wahl von Vizevorsteher Martin Jehle umstritten war.

Gemäss Artikel 37 des Gemeindegesetzes muss der neue Gemeinderat innert vier Tagen aus seinen Reihen den Vorsteher-Stellvertreter (Vizevorsteher) mit der absoluten Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen wählen. In der Sitzung vom 13. Februar 1991 wurden seitens der FDP der bisherige Vizevorsteher Martin Jehle und seitens der VU Lorenz Heeb vorgeschlagen. Die FDP begründete ihren Vorschlag damit, dass mit Martin Jehle der dienstälteste Gemeinderat (als einziges amtierendes Ratsmitglied in der 3. Mandatsperiode dabei) und bisherige Vizevorsteher die besten Voraussetzungen



Mit klarem Ergebnis zum Vizevorsteher gewählt: Martin Jehle.

ermitbringe, um den neugewählten Vorsteher Hansjakob Falk möglichst gut zu unterstützen. Nachdem die FDP auf ihrem Vorschlag beharrte, zog Lorenz Heeb sei-

ne Kandidatur zurück. Martin Jehle seinerseits meinte, ehe er in den Ausstand trat, dass die Vizevorsteher-Ehre eigentlich dem mit der höchsten Stimmzahl gewählten Gemeinderat Albert Frick oder der ersten Gemeinderätin Doris Frommelt-Kindle gebühre.

Klares Abstimmungsergebnis

Die schriftliche Abstimmung (Martin Jehle im Ausstand) ergab sodann: 6 Stimmen für Martin Jehle, 1 Stimme für Albert Frick und 5 Leerstimmen. Von einem Vorsteher-Stichentscheid oder einer umstrittenen Wahl also keine Spur.

Bleibt schliesslich noch die Frage, wie das «Vaterland» dazu kommt, eine solche Falschmeldung zu publizieren. Wie seitens der FDP-Gemeinderatsfraktion auf Anfrage zu erfahren war, hat VU-Gemeinderat und -Obmann Peter Walser im Gemeinderat erklärt, dass die entsprechende (Fehl-)Information von ihm an die VU-Parteizeitung weitergeleitet wurde. Ob der VU-Obmann damit eine gezielte Falschmeldung in die Welt setzen wollte oder ganz einfach noch nicht weiss, was ein Stichentscheid ist, entzieht sich unserer Kenntnis. (M.)

OPEC will Ölförderung etwas drosseln

Experten rechnen mit leichtem Preisrückgang

Genf (AP) In zähen Verhandlungen über die Ölproduktion im Sommerquartal hat sich die Organisation Erdöl-exportierender Länder (OPEC) in Genf auf einen Kompromiss geeinigt, der den Ölpreise Experten zufolge etwas unterhalb des jetzigen Niveaus stabilisieren dürfte.

Nach zweitägigen Gesprächen verständigten sich die Minister des Erdölkartells am Dienstag Abend darauf, die Ölförderung in der OPEC von April bis Juni um rund eine Million auf 22,3 Millionen Barrel am Tag zurückzunehmen.

Die Hoffnung ärmerer OPEC-Staaten, den Ölpreis mit einer stärkeren Produktionsdrosselung wieder auf den Zielpreis des vergangenen Sommers – rund 21 Dollar – anzuheben, hat sich damit zerschlagen. Vor allem Saudi-Arabien, das seine Produktion zu Beginn der Golfkrise massiv erhöht hatte, weigerte sich, einer stär-

keren Drosselung zuzustimmen. Dem gabunischen Ölminister Jean Ping zufolge brachten schliesslich lediglich Algerien und Iran Bedenken gegen den Kompromiss zum Ausdruck. Eine stärkere Reduzierung der Fördermenge wäre «nicht realistisch» gewesen, sagte der indonesische Ölminister Ginandjar Kartasmita am Dienstag.

Derzeit liegt die OPEC-Fördermenge bei etwa 23,4 Millionen Barrel (ein Barrel: 159 Liter) pro Tag. Irak, das auf dem Genfer Treffen nicht vertreten war, und Kuwait bekamen keine Förderquoten zugewiesen. Wie OPEC-Generalsekretär Subroto vor der Presse erklärte, gründeten die Minister ihre Entscheidung auf die Annahme, dass die Produktion in den zerstörten Anlagen Kuwaits und Iraks nicht vor dem dritten Quartal wiederaufgenommen werden könne.

Irakische Opposition zweifelt am Sieg

Riad/Beirut (AP) Die gegen Präsident Saddam Hussein kämpfende irakische Opposition hat am Mittwoch erstmals eingeräumt, dass der Staatschef den Aufstand möglicherweise unbeschadet überstehen könnte. Zum Abschluss eines Kongresses in Beirut, an dem 325 Vertreter von 23 oppositionellen Vereinigungen teilnahmen, wurde die internationale Gemeinschaft um mehr Unterstützung im Kampf gegen Saddam Hussein gebeten. Das irakische Militär geht nach Darstellung der Regimegegner unglaublich brutal gegen die Aufständischen im Norden und Süden des Landes vor.

Ein Sprecher der Patriotischen Front Kurdistans (PUK), Barhem Saleh, berichtete am Dienstag in einem Telefoninterview von London aus, die Regierung in Bagdad drohe mit der Ermordung von 5 000 kurdischen Geiseln, meist Frauen und Kindern, die in die von den Rebellen bedrohte Erdölmetropole Kirkuk gebracht worden seien. Die Sorge um die Geiseln hemme den Vorstoss der kurdischen Rebellen nach Kirkuk, mit dessen rascher Eroberung sie ursprünglich gerechnet hätten, sagte Saleh. Ausserdem, wolle man nach Möglichkeit Strassenkämpfe vermeiden, die grosse Verluste verursachen könnten, denn schliesslich bräuchten die Kämpfer die Unterstützung des Volkes.

Die PUK und die mit ihr verbündete Demokratische Partei Kurdistans erklärten, sie hätten weite Gebiete in Nordirak unter Kontrolle. Widersprüchliche Angaben liessen jedoch den Schluss zu, dass zahlreiche Regionen versuchen, zwischen beiden Seiten zu lavieren.

CITY-OPTIK
ALLES FÜR IHRE AUGEN

City Optik AG
FL-9490 Vaduz · Heiligkreuz 49
Telefon 075 / 28188